

BESCHLUSSBUCH

DER AUßERORDENTLICHEN BEZIRKSKONFERENZ

vom 17. Juli 2022



Antragsverzeichnis

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| A01 | Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung | S. 1-10 |
| A02 | Freiheit braucht Solidarität – Zum zukünftigen Umgang mit Corona | S. 11-16 |
| A03 | Entwicklungshilfe stärken – Welternährung sichern | S. 17-18 |
| A04 | Supermärkte vergesellschaften! | S. 19-22 |
| A05 | Landnahme auf Agrarflächen stoppen! | S. 23-24 |
| A06 | Für eine effektive Liegenschaftspolitik in Bayern! | S. 25-27 |
| A07 | Freie Fahrt für helfende Bürger*innen – Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs | S. 28-29 |
| A08 | Wo ist Frank-Walter im Alter? Gegen die Dienstpflichten | S. 30-31 |
| A09 | Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr! | S. 32-33 |
| A10 | Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeiipolitik - Jetzt | S. 34-38 |

A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, Landesparteitag der Bayern SPD

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat zu Verwerfungen
2 innerhalb des globalen Wirtschaftssystems geführt. Diese Verwerfungen haben auch
3 Auswirkungen auf unser Leben. Denn Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist, wie die
4 letzten Monate gezeigt haben, zugleich ein Wirtschaftskrieg gegen die
5 Unterstützer*innen der Ukraine. Ziel dieses Wirtschaftskrieges ist es, die
6 ökonomischen und die daraus folgenden gesellschaftlichen Verwerfungen derart zu
7 eskalieren, dass die Unterstützung für die Ukraine in Bevölkerung und Regierung
8 abnimmt. Wir stehen trotz dieser Konsequenzen fest an der Seite der Ukraine.

9

10 Um die Folgen des Krieges, die steigende Inflationsrate und Engpässe in der
11 Energieversorgung abzumildern, hat die Bundesregierung bereits zwei
12 Entlastungspakete beschlossen. Teilweise sind diese bereits umgesetzt. Einige
13 Maßnahmen haben sich als echte Hilfen erwiesen, andere als wirkungslos. Es gilt aus
14 den Entlastungspaketen zu lernen, neue Maßnahmen zu ergänzen, sinnvolle
15 Maßnahmen zu verlängern und unsinnige gleich wieder zu beerdigen. Dieser Antrag
16 ist unsere Bewertung zu den Maßnahmen der ersten zwei Entlastungspakete.

17

18 Denn die vergangenen Wochen und Monate haben klar gezeigt: Der Handlungsdruck
19 ist weiter hoch! Es braucht ein drittes Entlastungspaket. Wir haben die Konzepte
20 dafür.

21

22

23 Nachhaltigkeit statt Tankrabatt

24 Manche Kritiker*innen sagen, der Tankrabatt und das 9€-Ticket seien pauschale
25 Maßnahmen mit der Gießkanne, in ihrer Wirkung zu unspezifisch und damit von
26 vornherein völlig verfehlt. Diese Kritik greift allerdings viel zu kurz. Es gibt zwischen
27 den beiden sehr wohl gewichtige Unterschiede. Dass das 9€-Ticket dem Tankrabatt
28 aus ökologischen Gründen vorzuziehen ist, ist offensichtlich und muss an dieser
29 Stelle nicht diskutiert werden. Wir wollen beide Maßnahmen aus einer sozialen
30 Perspektive betrachten, denn darum sollte es bei den Entlastungspaketen vorrangig
31 gehen: Eine sozial gerechte Entlastung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die es

1 brauchen. Wer profitiert also wirklich von Tankrabbatt und 9€-Ticket?
2
3 Dazu muss man den Zugang zu Mobilität und das Mobilitätsverhalten
4 unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen betrachten. Wie die Studie Mobilität in
5 Deutschland 2017 zeigt, besitzen über 50% der Haushalte mit sehr niedrigem
6 ökonomischen Status gar kein Auto, wohingegen nur 10% der Haushalte mit hohem
7 bzw. sehr hohem ökonomischen Status kein Auto besitzen. Der Besitz mehrerer Autos
8 pro Haushalt steigt mit dem ökonomischen Status signifikant an. Besonders deutlich
9 wird dies daran, dass ganze 10% der Haushalte mit sehr hohem ökonomischen
10 Status drei und mehr Autos besitzen. Ob und wie viel jemand mit dem Auto fährt, ist
11 also zu großen Teilen eine Frage des finanziellen Vermögens. So ergeben sich mit
12 sinkendem ökonomischen Status signifikant höhere Anteile des ÖPNV und des
13 Fußverkehrs. Dabei gibt es regionale Unterschiede, was den Besitz von Autos angeht,
14 die sich insbesondere auf das vorhandene bzw. eben nicht vorhandene ÖPNV
15 Angebot zurückführen lassen. Wo es keine Alternative gibt, sind auch Menschen mit
16 weniger Geld dazu gezwungen, ein Auto zu besitzen und zu nutzen.
17
18 Die Entlastung durch den Tankrabbatt kommt daher überwiegend Menschen zu Gute,
19 die nicht darauf angewiesen sind. Der ÖPNV hingegen stellt für Menschen mit
20 niedrigem Einkommen schon jetzt eine notwendige Alternative dar. Sie sind es, die mit
21 der derzeitigen Inflation am meisten zu kämpfen haben und sie profitieren
22 überproportional vom 9€-Ticket. An dieser Stelle muss hervorgehoben werden, dass
23 insbesondere Arbeitnehmer*innen mit niedrigem Einkommen profitieren, denn 42%
24 des Verkehrsaufkommens sind Arbeit und Ausbildung geschuldet.
25 Arbeitnehmer*innen haben daher ein aktiveres Mobilitätsverhalten als beispielsweise
26 Rentner*innen.
27
28 Darüber hinaus profitieren vom 9€-Ticket insbesondere Kinder und Jugendliche, die
29 höchstens als Mitfahrer*innen ihrer Eltern mit dem Auto mobil sind. So ist der ÖPNV
30 neben Rad- und Fußverkehr die einzige Möglichkeit, um Kindern eine eigene,
31 unabhängige Mobilität zu ermöglichen. Gerade auf längeren Distanzen ist nur der
32 ÖPNV eine Option. Insbesondere das Mobilitätsverhalten von 10- bis 17-jährigen ist
33 stark durch den ÖPNV geprägt. Das 9€-Ticket ermöglicht nun zum ersten Mal
34 Mobilität, die sich auch vom Taschengeld bezahlen lässt.
35
36 Damit ist klar: Der Tankrabbatt ist sozial ungerecht. Wir fordern daher, dass der
37 Tankrabbatt auf keinen Fall verlängert wird. Am besten wäre er nie eingeführt worden.
38 Als sozial gerechte Maßnahmen, um den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu
39 senken und so auch für sinkende Preise an den Tankstellen zu sorgen, fordern wir
40 daher zeitlich begrenzte Fahrverbote sowie die dauerhafte Einführung eines

1 allgemeinen Tempolimits von 130 km/h und die Absenkung bereits bestehender
2 Tempolimits. In den Innenstädten braucht es großflächig autofreie Zonen. Die
3 Wirksamkeit dieser Maßnahmen wurde in diversen Studien, u. a. des
4 Umweltbundesamtes, ausreichend dargelegt.
5
6 Die Entwicklung der Spritpreise hat dazu geführt, dass der Tankrabatt obendrein
7 nahezu wirkungslos verpufft ist. Stattdessen streichen einige wenige
8 Mineralölkonzerne große Gewinne ein. Damit der Tankrabatt nicht vollends zu einer
9 überflüssigen Finanzspritze für Mineralölkonzerne wird, müssen die dadurch
10 entstandenen Gewinne durch eine zusätzliche Übergewinnsteuer abgeschöpft
11 werden.
12
13 Da die Inflationsrate aber weiter steigt und gerade Menschen mit niedrigem
14 Einkommen eine weitere Entlastung brauchen, muss das 9€-Ticket verlängert werden.
15 Nur ein dauerhaftes 9€-Ticket wird zu einer dauerhaften Verhaltensänderung führen.
16 2,5 Mrd. € pro Quartal, also 10 Mrd. € pro Jahr sind vergleichsweise niedrige Kosten,
17 um ein günstiges Ticketangebot zur Verfügung zu stellen. Freilich sind in diesen
18 Kosten nicht die Kosten für die nötigen Angebotsausweitungen des ÖPNV und den
19 dringend benötigten Ausbau der Infrastruktur enthalten - aber die Kosten für den
20 Ausbau des ÖPNV sind im Rahmen der Verkehrswende bereits eingepreist.
21
22 Eine Rückerstattung von Leistungen durch ALG II-Empfänger*innen, die in einigen
23 Bundesländern (u. a. Bayern) im Raum steht, da die tatsächlichen Kosten für das 9€-
24 Ticket unterhalb der im ALG II vorgesehenen Pauschale für Mobilität liegen, lehnen
25 wir ab. Die Behauptung, dass dadurch eine Übervorteilung entsteht ist nicht nur ein
26 Schlag ins Gesicht von Menschen, die ALG II-Empfänger*innen sind, sondern
27 widerspricht auch der grundsätzlichen Logik der Entlastung. Denn gerade für
28 Empfänger*innen von Sozialleistungen reichen die bisher beschlossenen
29 Entlastungen bei Weitem nicht aus.
30
31 **Mieter*innenschutz in Krisenzeiten**
32 Wohnraum ist ein wesentliches Grundbedürfnis, das durch steigende Mieten und nun
33 auch noch durch die Inflation erhöhte Lebenshaltungskosten gefährdet ist. Die
34 finanziellen Folgen der Zeitenwende dürfen nicht zu Lasten der Mieter*innen gehen,
35 die Miete umfasst schon jetzt oft über die Hälfte der Lebenshaltungskosten. Weitere
36 Preissteigerungen stellen daher unerträgliche Belastungen dar, können sogar zum
37 Wohnungsverlust führen und sind daher für uns nicht akzeptabel.

1 **Mietenstopp**

2 Wir fordern daher einen sofortigen bundesweiten Mietenstopp - ohne
3 Inflationsausgleich und gerade auch für Indexmieten. Gerade angesichts der
4 allgemein steigenden Preise ist ein Mietenstopp nun geeignet und erforderlich, um
5 sicherzustellen, dass die Kaltmieten für Wohnraum nicht noch weiter steigen und
6 keine Gefahr eines Wohnungsverlustes besteht. Und angesichts der allgemeinen
7 Teuerungen durch die Inflation könnte ein Mietenstopp zum jetzigen Zeitpunkt im
8 Verhältnis sogar preisdämpfend zugunsten der Mieter*innen wirken. Forderungen von
9 Großkonzernen wie Vonovia, die nun angesichts der Inflation fürchten, ihre
10 Gewinnerwartungen in Milliardenhöhe nicht zu erzielen und deshalb die Mieten
11 entsprechend weiter erhöhen wollen, treten wir entschieden entgegen.

12

13 **Kündigungsmoratorium**

14 Zum direkten Schutz vor Wohnungsverlust aufgrund steigender Kosten braucht es
15 sofort ein Kündigungsmoratorium. Damit wird das Recht von Vermieter*innen
16 eingeschränkt, ab zwei ausbleibenden oder unvollständigen Mietzahlungen die
17 Kündigung auszusprechen. Das Kündigungsmoratorium muss mittelfristig gelten, bis
18 sich die Situation wieder entspannt.

19

20 **Nebenkostenvorauszahlung**

21 Erst mit Zustellung der Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2021 dürfen die
22 Vorauszahlungen auf die steigenden Preise angepasst werden. Dann wird es für viele
23 Mieter*innen auf einen Schlag immense Steigerungen der sogenannten "Zweiten
24 Miete" geben. Hier braucht es Unterstützungsleistungen für Bedürftige. Auch eine
25 kostenlose individuelle Energieberatung kommt als zusätzliche Möglichkeit in
26 Betracht. Gas- und Stromsperren darf es im Herbst und Winter 2022/2023 für
27 Haushalte nicht geben. Hierzu müssen die Versorger gesetzlich verpflichtet werden.

28

29 **Heizkostenzuschuss**

30 Die Bundesregierung versucht durch die beiden beschlossenen Entlastungspakete die
31 Gesellschaft zu entlasten und vor zu hohen Kosten zu schützen. Gerade beim
32 Heizkostenzuschuss werden verschiedene Zielgruppen genannt, die diesen Zuschuss
33 erhalten können, der je nach Situation unterschiedlich hoch ausfallen kann.
34 Vergessen wurden dabei Rentner*innen, die weder zwingend Wohngeld beziehen,
35 noch Azubis oder Studierende mit Bafög Bezug sind. Wir fordern daher eine
36 Ausweitung des Heizkostenzuschusses auf Rentner*innen. Durch die
37 Preissteigerungen der vergangenen Jahre und die nicht gestiegenen Renten, sind
38 viele von Altersarmut betroffen. Außerdem müssen auch Studierende und
39 Auszubildende berücksichtigt werden, die kein Bafög beziehen.

40 Das werden wir nicht hinnehmen. Der Heizkostenzuschuss muss sich an dem für

1 Wohngeldbezieher*innen orientieren und sukzessive erhöht werden, um sich an den
2 steigenden Preisen zu orientieren.

3

4

5 **Für eine progressive Finanzpolitik in der Krise**

6

7 **Übergewinnsteuer**

8 Wir fordern eine Übergewinnsteuer. Die Unterstützung dafür ist breit und kommt aus
9 der Bevölkerung, Partei, von den Landesregierungen in Bremen, Berlin und Thüringen
10 und auch Gewerkschaften.

11 Denn es kann nicht richtig sein, dass sich einige Unternehmen allein aufgrund der
12 kriegsbedingten Preissteigerungen die Taschen voll machen, während Bund und
13 Länder ihrerseits Milliarden aufwenden müssen, um die unter den Preissteigerungen
14 leidenden Bürger*innen sowie Unternehmer*innen und zu unterstützen.

15

16 So verdienten die fünf größten Mineralölkonzerne mehr als das Doppelte im ersten
17 Quartal 2022 als 2021. Es geht hierbei nicht um eine raffgierige Besteuerung der
18 Energiekonzerne, sondern um reine Fairness. Eine Übergewinnsteuer entfällt eben
19 nur auf Übergewinne, also unerwartete Gewinne als Folge des Krieges.

20 Selbstverständlich weiß keiner exakt, welche Gewinne gemacht worden wären ohne
21 diese Krise. Hier wird geschätzt. Aber alle wissen, dass diese Gewinne reiner
22 Zufallsprofit ist, während andere Wirtschaftsbereiche großen Schaden nehmen. Diese
23 Energiekonzerne sind auch keine üblichen Marktteilnehmenden, sondern haben
24 starke Marktmacht. Der freie Wettbewerb allein kann die Energiepreise also nicht
25 senken.

26

27 Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche Überlegungen oder bereits
28 Übergewinnsteuern. In Italien hat z.B. der ehemalige EU-Notenbankchef Draghi eine
29 solche Maßnahme im März bei 10% pro Euro Übergewinn eingeführt und diesen
30 Steuersatz kürzlich auf 25% erhöht. Selbst die neoliberale konservative Regierung
31 von Großbritannien hat auf die Forderungen der sozialdemokratischen Labour Party
32 in England eingelenkt und will eine solche Übergewinnsteuer einführen.

33

34 **Finanzpolitisch durchstarten - Schuldenbremse anzünden**

35 Das Sondervermögen für die Bundeswehr hat massive Diskussionen um die Frage
36 aufgebracht, welche Vorhaben der Staat mit Geld priorisiert. Diese Frage ist mehr als
37 berechtigt, denn seit Jahren lautet die einhellige Erzählung - auch parteiintern - der
38 Bund, die Länder und die Kommunen müssten sparen. "Finanzpolitische
39 Verantwortung" sei das Gebot der Stunde, hohe Ausgaben könnten vor den
40 "kommenden jungen Generationen" nicht gerechtfertigt werden. Auf dem Gipfel dieser

1 finanzpolitischen Selbstgeißelung wurde 2014 eine “Schuldenbremse” ins
2 Grundgesetz eingefügt - auch mit den Stimmen der SPD. Der Bund darf seither nur
3 sehr begrenzt mehr Geld ausgeben, als er durch Steuern einnimmt. Mehrere
4 Bundesländer haben ähnliche Regelungen in ihre Verfassungen aufgenommen.
5
6 Die Auswirkungen dieser Politik waren eine Katastrophe. Die Unmöglichkeit der
7 öffentlichen Hand, mehr Geld in die Gesellschaft zu investieren, hat uns marode
8 Schulen und Universitäten, weniger und weniger sozialen Wohnraum eingebracht und
9 den Fortschritt beim Klimaschutz verzögert. Auch in anderen europäischen Staaten
10 wurde das Feuer finanzpolitischen Sparens entzündet - und verbrannte zuverlässig
11 den Sozialstaat, soziale Sicherungssysteme und gesellschaftlichen Wohlstand.
12 Während der Finanzkrise von 2009 hätten öffentliche Investitionen die wirtschaftliche
13 Problemlage auffangen können. Das Gegenprogramm verursachte einen massiven
14 Anstieg der Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, vergrößerte den prekären
15 Sektor wie in Italien und Beschneidungen von Arbeitnehmer*innenrechten wie in
16 Frankreich - und traf dabei die “kommenden Generationen” besonders hart. Als
17 besonderes Schmankerl konnte sich ein neuer Rechtsnationalismus an den sozialen
18 Problemen emporarbeiten.
19
20 Mit der Ampel-Koalition soll der Fortschritt kommen. Doch das Festhalten an der
21 Schuldenbremse gefährdet viele Projekte: Sozialer Klimaschutz bedeutet,
22 Kohlearbeiter*innen finanziell abzusichern und den Schienenverkehr massiv
23 auszubauen. Mehr Wohnraum bedeutet mehr staatlichen Wohnungsbau und eine
24 Offensive bei Bildung, Ausbildung und Studium bedeutet Investitionen in Schulen,
25 Lehrkräfte und universitäre Forschung. Diese Ideen sind nicht neu, aber ohne
26 ausreichende finanzpolitische Mittel werden wir wenige umsetzen können.
27
28 Die “Schuldenbremse” muss deshalb aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Dort
29 hat sie im Übrigen auch nichts verloren - die Verfassung regelt die Grundlagen und
30 Grundwerte unseres Staates und der Gesellschaft. Es ist für eine Demokratie aber
31 problematisch, wenn der politische Ideenwettbewerb an eine Zweidrittelmehrheit
32 geknüpft ist.
33 Wenn das Parlament eine “Schuldenbremse” für die richtige Idee hält, kann es diese
34 mit einer einfachen Mehrheit beschließen und wieder abschaffen - für uns als Jusos
35 und für die SPD ist sie es aber ohnehin nicht.
36
37 Wir fordern deshalb weiterhin, dass die SPD sich in der Koalition für eine Streichung
38 stark macht. Mittlerweile signalisiert auch die Union Gesprächsmöglichkeiten in dieser
39 Frage. Die Jusos und die SPD müssen diese Situation nutzen, Druck ausüben und
40 auf eine Formierung einer entsprechenden Mehrheit hinwirken. Für die Zukunft

1 fordern wir, dass die SPD in Regierungsverhandlungen auf Anstrengungen zur
2 Abschaffung der "Schuldenbremse" besteht.

3

4 **Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel**

5 Bereits mit dem ersten Entlastungspaket hat die Bundesregierung einige
6 wirkungsvolle Maßnahmen beschlossen - darunter das 9-Euro-Ticket, mit dem sich
7 enorm viele Menschen Bus, Bahn und Tram leisten können.

8 Gerade weil Preise quer durch die Bank steigen, hat eine Diskussion zu unrecht zu
9 wenig Aufmerksamkeit bekommen: Die Abschaffung oder zumindest Senkung der
10 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

11

12 Als Sozialist*innen sehen wir die Mehrwertsteuer allgemein kritisch. Als indirekte
13 Steuer ist sie nicht progressiv ausgestaltet. Sie wird also nicht anhand der Höhe des
14 Einkommens oder des Vermögens erhoben, sondern als immer gleicher Betrag.

15 Damit belastet sie aber Menschen mit weniger Geld deutlich stärker.

16 Wir wissen, dass die Auswahl der Nahrungsmittel vom Geldbeutel abhängt - wer
17 weniger Geld hat, kann sich oft gesundes Essen nicht leisten. Deswegen fordern wir
18 die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Auch bei Mitteln des
19 täglichen Bedarfs wie Hygieneprodukten soll die Mehrwertsteuer entfallen.

20 Statt der Mehrwertsteuer wollen wir endlich die Reform unseres Steuersystems.

21 Durch eine echte, progressive Besteuerung schaffen wir mehr Gerechtigkeit und
22 können so noch dazu die Abschaffung der Mehrwertsteuer auffangen.

23

24 **Verschärfung des Kartellrechts**

25 „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu
26 Zerstreungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen
27 die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise
28 erhöhen kann.“ Dies stellte schon Adam Smith fest, der erste Theoretiker der
29 Marktwirtschaft, auf den sich neoliberale Ökonom*innen bis heute berufen. Diese
30 plärren auch zuverlässig jetzt Zeter und Mordio, nachdem Wirtschaftsminister Robert
31 Habeck ankündigte, das Kartellrecht verschärfen zu wollen. Dabei zeigen die Preise
32 an den Tankstellen, die sich weitgehend vom internationalen Mineralölpreis
33 abgekoppelt haben, und insbesondere das sofortige Verpuffen des Tankrabbatts, dass
34 bei den Ölkonzernen Preisabsprachen stattfanden, die bisher vom Kartellamt nicht
35 unterbunden werden konnten.

36

37 Wir stellen uns daher hinter die Verschärfung des Kartellrechts, um die von Smith so
38 bezeichnete "Verschwörung gegen die Öffentlichkeit" zu verhindern. Entsprechend
39 dem Entwurf des Wirtschaftsministeriums soll das Kartellamt künftig mehr rechtliche
40 Möglichkeiten zu Sektoruntersuchungen bekommen. Es muss ihm möglich sein,

1 übermäßige Gewinne abzuschöpfen und marktbeherrschende Konzerne zerschlagen
2 zu können, ohne dass illegale Preisabsprachen bereits erwiesen wurden. Die
3 Regierung arbeitet daran. Für diese Aufgaben muss das Kartellamt auch personell
4 und finanziell besser ausgestattet werden.

5

6

7 **Fossile Energien endlich hinter uns lassen!**

8 Um die Klimaziele zu erreichen und dem Klimawandel konsequent zu entgegnen,
9 müssen wir auf erneuerbare Energien setzen und diese ausbauen.

10 Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Abhängigkeit Deutschlands und Europas
11 deutlich gezeigt. Es gilt sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen und die fossilen
12 Energien hinter sich zu lassen. Die Energiewende bietet die Chance, zur Blaupause
13 für ein modernes, nachhaltiges und vor allem gerechteres und demokratisches
14 Wirtschaftssystem zu werden.

15

16 **Solarenergie besser nutzen!**

17 Dazu muss die Solaranlagen Pflicht umgesetzt werden. Diese ermöglicht nicht nur die
18 eigene Versorgung mit erneuerbaren Energien und die damit verbundene Einsparung
19 von Stromkosten, sondern auch die Einspeisung überschüssiger Energie für die
20 Allgemeinheit. So wird auf hier der Anteil an erneuerbaren Energien gesteigert. Um
21 den Menschen einen Anreiz zu bieten auf Solarenergie zu setzen, müssen wir den
22 gesamten Prozess entbürokratisieren und vereinfachen.

23 Kleine Anlagen wie zum Beispiel die Blockheizkraft und Photovoltaikanlagen müssen
24 stärker gefördert werden. Die Mehrwertsteuer auf selbst verbrauchten Strom aus der
25 eigenen Solaranlage muss entfallen.

26

27 Um die Dezentralität in den einzelnen Haushalten weiter auszubauen, wollen wir die
28 Entwicklung von Speichertechnologien ohne seltene Erden und die Beschaffung
29 durch Haushalte fördern. Auch die Kommunen sollen durch eigene

30 Speicherkapazitäten einen Beitrag leisten.

31 Ebenso muss es auch für Teil Einspeisungen höhere Einspeisevergütungen geben.

32 So fördern wir zuerst den privaten Verbrauch des selbst erzeugten Stromes und
33 anschließend die Einspeisung. Erneuerbare Energien sollen konsequent

34 Einspeisevorrang vor fossilen Energien haben. So kommen wir unserem Ziel einer
35 dezentralen Stromversorgung näher. Durch eine Solaranlagen Pflicht auf privaten und
36 öffentlichen Gebäuden gemessen an der Größe der Dachfläche wollen wir die

37 dezentrale Stromversorgung zudem langfristig verpflichtend gestalten. Dabei soll eine

38 Beweislastumkehr gelten, sodass Hausbesitzer*innen nur von der Pflicht eine

39 Solaranlage zu bauen befreit werden, wenn sie dies bei der zuständigen Behörde

40 nachweisen können. In Mehrfamilienhäusern wollen wir zudem

1 Energiegenossenschaften fördern. Für den Bau von Photovoltaikanlagen durch
2 private Investor*innen wolle wir Subventionen ermöglichen, die bereits in der
3 Vergangenheit positive Effekte bewirkt haben.

4

5 Neben dem Potenzial durch private und gewerbliche Solarstromerzeugung sehen wir
6 auch auf Seiten des Staates unausgeschöpfte Möglichkeiten: Wir fordern, dass
7 konsequent neben Autobahnen und Bundesstraßen Solarpaneele angebracht
8 werden, dabei können auch Lärmschutzwände und Mittelstreifen genutzt werden.
9 Zudem fordern wir die Umsetzung von Photovoltaik Überdachungen bei Autobahnen
10 und Bahntrassen. In Deutschland sind knapp 13.000 km Strecke durch Autobahnen
11 versiegelt. Das ergibt enorme Möglichkeiten zur Stromgewinnung auf einer sonst
12 ungenutzten Fläche.

13

14 **Grüner Wasserstoff eine echte Alternative!**

15 Wasserstoff ist nicht gleich Wasserstoff. Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien
16 gewonnen wird, bezeichnen wir als grünen Wasserstoff. Zukünftig dürfen wir nur
17 diesen unterstützen. In einigen Industriezweigen fällt Wasserstoff als Nebenprodukt
18 an.

19

20 Dieser soll künftig auch als nachhaltiger Wasserstoff genutzt werden dürfen.
21 Im Wirtschafts- und Industriesektor stehen uns große Veränderungen bevor: So
22 kann grüner Wasserstoff zur Dekarbonisierung der Industrie beitragen und so
23 Wirtschaftsstandorte erhalten und transformieren. Zudem können mit
24 wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen die Probleme der E-Mobilität überwunden
25 werden. Da diese Technologie vor allem für Schwerlast- oder Langstreckentransporte
26 besser als E-Mobilität geeignet ist. Langfristig gilt dennoch die Perspektive: Güter auf
27 die Schiene!

28 Wasserstoff soll zudem auch als Speichertechnologie für Solar- und Windkraftanlagen
29 genutzt werden, um den partiell erzeugten Überschuss in Phasen der Nicht-
30 Erzeugung nutzen zu können.

31

32 **Weil Windräder unsere Landschaft schöner machen!**

33 Windräder dürfen nicht nur in Norddeutschland zum Landschaftsbild gehören. Auch in
34 Bayern muss das Potenzial voll ausgeschöpft werden. Schöne Aussicht und Bergblick
35 dürfen dabei kein gültiges Gegenargument sein, denn auch Windkraftwerke haben
36 ihren Charme, nicht nur in der Nordsee.

37 Die 10H Regelung, die Windräder in Bayern nahezu unmöglich macht, muss restlos
38 gestrichen werden. Das bedeutet nicht, dass wir die Verträglichkeit für

39 Anwohner*innen vergessen. Außerdem muss die Deckelung zum Ausbau der

40 Windkraftträder aufgehoben werden. Bürger*innen müssen von Kommunen in den

1 Prozess des Baus einer
2 Windkraftanlage eingebunden werden und ihnen wenn möglich über eine
3 Genossenschaft eine Chance gegeben werden sich zu beteiligen und zu profitieren.
4 Oft ist die Ablehnung eines Windrades auch mit Unwissenheit und unbegründeten
5 Ängsten verbunden. Dem muss strategisch durch Informationskampagnen und
6 Partizipationsmöglichkeiten entgegengewirkt werden.

7

8 **Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa**

9 Die Ernährungssicherheit in Deutschland, Europa und der gesamten Welt ist durch
10 Russlands unmenschliche Taktiken gefährdet. Den sofortigen Reflex einiger
11 konservativer Kreise Errungenschaften in der Pestizid Einschränkung und der
12 Ausgleichsflächen anzugreifen und rückgängig zu machen, lehnen wir entschieden
13 ab. Die Ausbeutung der Umwelt wird uns langfristig vor nur noch mehr Probleme
14 stellen. Wir fordern deswegen eine nachhaltige Taktik gegen die Abhängigkeit von
15 Ernährungs Importen. Langfristig wollen wir, dass die EU unabhängig von Importen
16 eine Nahrungssicherheit herstellen kann. Dabei ist es auch wichtig Flächen die aktuell
17 zur Erzeugung von Tierfutter verwendet werden zur Nahrungsbeschaffung für
18 Menschen umzufunktionieren, was eine weitaus effektivere Nutzung garantiert. Das
19 impliziert eine Abkehr der Massentierhaltung und eine Reduzierung des
20 Fleischkonsums. Die internationale Solidarität verlangt es, dass wir als europäische
21 Nationen tätig werden, um afrikanische Nationen in der Ernährungskrise zu
22 unterstützen.

23

24 **EEG - Erneuerbare Energien Gesetz**

25 Mit dem ersten Entlastungspaket beschloss die Bundesregierung auch die EEG
26 Umlage von derzeit 6,5 ct pro Kilowattstunde (2021) zu streichen. Dieser Schritt war
27 bereits für das Jahr 2023 vorgesehen und konnte aufgrund der Umstände nun
28 frühzeitig durchgesetzt werden. Die Anfallenden Kosten werden ab sofort dauerhaft
29 über den Bundeshaushalt finanziert. Wir begrüßen diese Maßnahme, da in der
30 Vergangenheit vor allem Verbraucher*innen durch die EEG-Umlage belastet wurden.
31 Mit der letzten EEG Novelle 2021 wurde nicht nur die Abschaffung der EEG Umlage
32 auf den Weg gebracht, sondern auch beschlossen, dass bis zum Jahr 2035 55-60%
33 des Stroms durch erneuerbare Energien abgedeckt werden soll. Das reicht uns noch
34 nicht aus. Wir fordern, einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis
35 2035.

A02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Freiheit braucht Solidarität - Zum zukünftigen Umgang mit Corona

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern die politisch verantwortlichen in Bund und Freistaat auf, weiterhin
- 2 verantwortungsvoll mit der aktuellen Situation der Corona-Pandemie umzugehen. Die
- 3 Pandemie ist nicht zu Ende, auch wenn das die Stimmung in der Bevölkerung
- 4 suggeriert. Gleichzeitig erkennen wir an, dass sich die pandemische Lage verändert
- 5 hat und dass auch die politischen Maßnahmen sich deshalb verändern müssen:
- 6
- 7 Gerade auch in der politischen Arbeit merken wir, dass Zusammenarbeit und
- 8 Diskussionen von Angesicht zu Angesicht sich nicht durch digitale Treffen ersetzen
- 9 lassen. Dies gilt auch für viele andere Lebensbereiche. Gesellschaftliches Leben
- 10 muss wieder stattfinden. Damit das möglich ist, müssen aber bewährte
- 11 Schutzmaßnahmen wie eine Maskenpflicht, kostenfreie Testmöglichkeiten und eine
- 12 Testpflicht sowie eine Impfpflicht politisch durchgesetzt werden.
- 13
- 14 Damit schaffen wir die Grundlage für eine durchhaltbare Langfriststrategie, um mit der
- 15 anhaltenden Gefahr durch SARS-Cov-2 verantwortungsvoll umzugehen. Eine
- 16 Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastrukturen zu
- 17 verhindern, ist nur ein Ziel öffentlicher Gesundheitspolitik sein: Es geht auch um den
- 18 Schutz individueller Gesundheit.
- 19
- 20 Auch, wenn eine solche Überlastung in Zukunft nicht mehr drohen sollte, muss die
- 21 Minimierung der Krankheitslast in der Bevölkerung durch Eingrenzung von Infektionen
- 22 und Reduktion der Krankheitsfolgen, wo es doch zu Infektionen kommt, weiterhin
- 23 staatliches Ziel bleiben. Außerdem muss die Möglichkeit der sicheren Teilnahme am
- 24 Alltag für vulnerable Personen und deren Kontakte jederzeit gegeben sein, denn diese
- 25 leben nicht nur in Pflege- und Altenheimen.
- 26
- 27 Hierzu ist es entscheidend, gezielt Schutzmaßnahmen in den Alltag zu integrieren,
- 28 welche für das öffentliche Leben relativ eingriffsarm sind. Darüber hinaus muss eine
- 29 Überwachung der Infektionszahlen und des Auftretens von Varianten dauerhaft
- 30 gegeben sein, um angemessen und präventiv auf neue Entwicklungen reagieren zu
- 31 können. und und Länder müssen dafür dauerhaft rechtliche Grundlage schaffen und

1 die Finanzierung sicherstellen. Unter die genannten eingriffsärmeren

2 Schutzmaßnahmen fallen insbesondere die folgenden:

3

4 **Verbesserung der Raumlufthygiene**

5 Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass eine Übertragung draußen deutlich

6 unwahrscheinlicher ist als in Innenräumen. Hieraus erwächst die Aufgabe, durch

7 technische Lösungen wie Belüftungssysteme und Luftfilter die Raumluft in

8 Innenräumen der im Außenbereich so weit wie möglich anzunähern. Es braucht

9 hierzu verbindliche Vorgaben insbesondere für Innenräume, in denen sich für längere

10 Zeit viele Menschen gemeinsam aufhalten – zuvorderst Schulen, Kitas und der

11 Arbeitsplatz.

12

13 Entsprechende Maßnahmen sind auch für andere Erkrankungen, die durch Aerosole

14 übertragen werden eine sinnvolle Investition und tragen somit langfristig zur

15 Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung bei.

16

17 **Das Tragen von (FFP2-)Masken**

18 Masken, insbesondere FFP2-Masken, sind eines der einfachsten und zugleich

19 wirksamsten Mittel, Übertragungen zu verhindern. Sie schützen nicht nur den*die

20 Träger*in, sondern vor allem auch andere. Daher sollte die Maskenpflicht in

21 Innenräumen (auch am Platz an Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz) bei

22 hohen und mittleren Ansteckungszahlen nicht aufgegeben werden und bei Bedarf

23 leicht wieder einzuführen sein.

24

25 In bestimmten Bereichen muss darüber hinaus die Maskenpflicht mittelfristig

26 beibehalten werden, hierzu zählen Geschäfte des täglichen Bedarfs, der gesamte

27 medizinische Bereich (auch Hausbesuche), ÖPNV und Fernverkehr, der öffentlich

28 zugängliche Bereich von Ämtern und Behörden, und ähnliche Bereiche, deren Besuch

29 im Alltag zwingend erforderlich ist und wo sich entweder besonders viele Menschen

30 aufhalten oder es zum Kontakt mit besonders vulnerablen Menschen kommt. Über

31 eine Aufhebung in diesen Kernbereichen darf nur bei einer stabilen, sehr niedrigen

32 Inzidenz nachgedacht werden. Entgegen der Erzählung vieler, stellt das

33 verpflichtende Tragen einer Maske in unserer Bewertung keinen erheblichen Eingriff in

34 die Freiheit des Menschen dar.

35

36 **Schutzkonzepte am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas**

37 Der Arbeitsplatz, Schulen und Kitas spielen eine wichtige Rolle im

38 Infektionsgeschehen, da sich dort in der Regel mehrere Menschen für längere Zeit

39 gemeinsam in Innenräumen aufhalten. Gleichzeitig handelt es sich um Bereiche,

40 welche für das Funktionieren der Gesellschaft zentral sind und auch von den meisten

1 vulnerablen Personen und/oder deren Kontakten kaum gemieden werden können.
2 Daher bedarf es langfristiger Schutzkonzepte, welche sich am lokalen, regionalen und
3 überregionalen Infektionsgeschehen orientieren, sowie der schnellen Eindämmung
4 von Ausbrüchen im jeweiligen Betrieb oder der jeweiligen Einrichtung.

5
6 Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz dürfen nicht von der Willkür des Arbeitgebers
7 abhängig sein, sondern müssen gesetzlichen Vorgaben folgen. Dazu gehören unter
8 anderem Schutzwände aus Plexiglas für stationäre Mitarbeiter*innen mit hohem
9 Kund*innen-Kontakt, z. B. an Kassen und Informationsschaltern, und die
10 flächendeckende Bereitstellung von Desinfektionsmittel- Spendern.

11
12 An Schulen und Kitas ist die zentrale Aufgabe, einen verlässlichen Betrieb zu
13 gewährleisten, ohne dabei die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Lehrer*innen
14 und Erzieher*innen und deren Familien in Gefahr zu bringen. Hierzu braucht es klare
15 Vorgaben, die tatsächlich geeignet sind, Infektionen zu verhindern, aber auch
16 ausreichend Flexibilität, um präventiv auf Ausbrüche in der jeweiligen Einrichtung
17 reagieren zu können. Durch flexible Bestuhlung der Klassenzimmer mithilfe von
18 leichten Ein-Personen-Tischen können Mindestabstände gewahrt werden. Sollte es zu
19 Schließungen oder Quarantänen kommen, müssen Eltern unbürokratisch von der
20 Arbeit freigestellt werden und finanzielle Unterstützung erhalten können. Ziel muss
21 jedoch sein, das Infektionsgeschehen nicht so weit eskalieren zu lassen, dass
22 Schließungen notwendig werden.

23 24 **Der einfache Zugang zu Antigen- und PCR-Tests**

25 Tests sind ein wichtiges Instrument, um Infektionen frühzeitig zu erkennen,
26 Behandlung zu ermöglichen, sowie Infektionsketten zu unterbrechen. Die kostenlosen
27 Schnelltests müssen daher bestehen bleiben, wobei eine bessere Kontrolle der
28 Qualität der Tests und der Durchführung zwingend notwendig ist. Außerdem müssen
29 PCR-Tests wieder breiter verfügbar sein, insbesondere müssen sie für
30 Kontaktpersonen von Infizierten wieder möglich sein. Hierzu sollte auch in
31 kostengünstigere Alternativen wie die Gurgeltests in Österreich investiert werden.
32 Zudem sind Testpflichten am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas bei hoher und
33 mittlerer Inzidenz und bei Fällen innerhalb des Betriebs/der Einrichtung notwendig, um
34 Ausbrüche früh zu erkennen und reagieren zu können. Regelmäßige PCR-Pool-Tests
35 mehr als einmal wöchentlich müssen Standard an den Schulen werden. Geimpfte und
36 Genesene sollten davon nicht ausgenommen sein.

37 38 **Isolation, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung**

39 Die Isolation von Infizierten und die Quarantäne deren enger Kontakte sind ein
40 wirksames Mittel der Eindämmung von Infektionskrankheiten, welches nicht

1 aufgegeben werden sollte. In Zeiten, in denen die Kontaktnachverfolgung durch die
2 Gesundheitsämter aufgrund der hohen Anzahl an Infektionen schwierig bis unmöglich
3 ist, müssen digitale Lösungen wie die Corona-Warn-App ein stärkeres Gewicht
4 erhalten, PCR-Tests ermöglicht werden sowie ein unbürokratischer Zugang zu
5 Entschädigungsleistungen
6 gewährleistet sein.

7

8 Da Quarantänen für Kinder und Jugendliche besonders belastend sind, muss hier
9 insbesondere bei weniger intensivem Kontakt über Alternativen nachgedacht werden
10 beispielsweise Kontakteinschränkungen und die vorübergehende Teilnahme am
11 Unterricht in Distanz, statt einem kompletten Verbot, die Wohnung zu verlassen.
12 Lösungen analog zur Arbeitsquarantäne, welche nur die Freizeit beschränken, aber
13 weiterhin einen Besuch der Schule in Präsenz vorsehen, lehnen wir aufgrund der
14 damit verbundenen psychischen Belastungen und weil in den Einrichtungen die
15 meisten Kontakte stattfinden ab.

16

17 Der wirksamste Weg, die Belastung durch Quarantäne und Isolation zu verringern, ist,
18 das Infektionsgeschehen insgesamt zu verringern.

19

20 **Erhöhung der Impfquote (auch global) und Weiterentwicklung der Impfstoffe**

21 Impfungen haben in dieser Pandemie bereits zahlreiche Leben gerettet und sind ein
22 zentrales Instrument, die Krankheitslast zu reduzieren.

23 Wir fordern weiterhin die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren,
24 darüber hinaus müssen dringend mehr niedrigschwellige Impfangebote für Kinder und
25 Jugendliche geschaffen werden, um auch dort die Impfquote möglichst zu erhöhen.

26 Impfstoffe müssen nicht nur in den reichsten Ländern für alle verfügbar sein, sondern
27 überall auf der Welt, daher fordern wir die Aufhebung der Patente und die bessere
28 Unterstützung der WHO dabei, Impfungen in der gesamten Welt verfügbar zu
29 machen.

30

31 Die Bundesregierung unterstützt Schwellen- und Entwicklungsländer sowohl finanziell
32 als auch technisch beim Aufbau von Produktionslinien für Impfstoffe, sowie bei der
33 Produktionsmittelbeschaffung.

34

35 Betroffene öffentliche Forschungseinrichtungen, die Patenteinhaberinnen sind,
36 werden hierbei angemessen finanziell entschädigt. Um genug Impfstoff produzieren
37 zu können um jedem Menschen auf dem Planeten Impfschutz gegen Covid-19 zu
38 ermöglichen fordern wir die Vergesellschaftung der enormen Gewinne der
39 Pharmakonzerne mit den Impfstoffen, deren Entwicklung nur durch die mit
40 öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung möglich wurde. Mit diesen finanziellen

1 Mitteln kann die dezentrale Produktion von Impfstoffen finanziert werden.
2 Die Omikron-Variante hat die Wirksamkeit der bisherigen Impfstoffe deutlich reduziert,
3 mit weiteren Immunflucht-Varianten ist zu rechnen. Daher muss in die
4 Weiterentwicklung der Impfstoffe investiert werden und die Erforschung neuer
5 Impfstoffe, welche die Übertragung besser als bisher bremsen, gefördert werden. Die
6 Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit einer Impfung, um sich vor schweren
7 Verläufen zu schützen, muss dringend weiter geführt werden.

8

9 **Möglichkeiten des Lernens und Arbeitens in Distanz**

10 Neben einem sicheren Präsenzbetrieb muss das Lernen in Distanz zukünftig für alle,
11 bei denen eine medizinische Indikation besteht wie z. B. ein eingeschränktes
12 Immunsystem, ermöglicht werden.
13 Dafür ist der Aufbau digitaler Klassenzimmer auch über die Situation der Pandemie
14 hinaus sinnvoll. Dazu müssen sowohl die Klassenräume technisch ausgestattet
15 werden, als auch im Sinne der Lehrmittelfreiheit der Zugang zu angemessenen
16 technischen Endgeräten für alle Schüler*innen sichergestellt und gegebenenfalls
17 unterstützt werden. So kann die soziale Anbindung und der Unterricht fortgesetzt
18 werden, wenn der physische Besuch der Schule aus gesundheitlichen Gründen über
19 längere Zeit hinweg nicht möglich ist.

20

21 Das Recht auf Home Office in der Arbeitswelt muss bestehen bleiben, denn neben
22 den gesundheitlichen und epidemiologischen Aspekten, bedeutet dies auch mehr
23 Freiheit für die Arbeitnehmer*innen und ist daher als ein Fortschritt zu sehen.
24 Darüber hinaus müssen auch an Schulen und Universitäten digitale Angebote als
25 Alternative zur Präsenz dauerhaft etabliert werden, selbstverständlich ohne, dass
26 diese von Lehrkräften, die voll im Präsenzbetrieb sind, nebenbei in ihrer Freizeit
27 organisiert werden müssen.

28 Dies darf jedoch keine Ausrede dafür sein, sich nicht um einen sicheren
29 Präsenzbetrieb zu kümmern.

30

31 **Weitere Erforschung und bessere Verfügbarkeit von Behandlungsmethoden**

32 Um auch im Falle einer Infektion schwere Verläufe möglichst zu verhindern, muss der
33 Bund in die weitere Erforschung antiviraler Medikamente investieren sowie diese für
34 alle, die sie benötigen, so schnell wie möglich verfügbar machen.

35

36 Wenn über Behandlungsmethoden gesprochen wird, darf außerdem Long Covid nicht
37 vergessen werden – auch hierfür muss Geld für die Forschung zur Verfügung gestellt
38 werden, Erkenntnisse aus der Vergangenheit, insbesondere zur Krankheit ME/CFS,
39 müssen dabei berücksichtigt werden. Da Long Covid oft zu längerer
40 Arbeitsunfähigkeit oder sogar zu einer Berufsunfähigkeit führt, muss zudem die

- 1 finanzielle Unterstützung der Betroffenen und deren Familien sichergestellt werden.
- 2 Einer Stigmatisierung muss entgegengewirkt werden.

A03

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Entwicklungshilfe stärken – Welternährung sichern

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

- 1 Ein Mittel, um die Welternährung sicherzustellen kann darüber hinaus das verstärkte
- 2 Angebot von vegetarischem Essen dort sein, wo die öffentliche Hand Einfluss hat
- 3 (Kantinen etc.).
- 4
- 5 Seit dem Ukraine Krieg sind die Weizen Preise um 20% gestiegen, die Gersten Preise
- 6 um 33% und Dünger um 40%. Dies liegt daran, dass die Ukraine und Russland einer
- 7 der größten Exporteure von Nahrungsmitteln sind. Länder wie Armenien und Eritrea
- 8 decken ihre Nahrungsmittel fast komplett über Exporte von Russland und die Ukraine
- 9 ab. Die UN schätzt, dass durch den Krieg 7,6 Mio. bis 13,1 Mio. Menschen mehr unter
- 10 Hunger leiden werden. Zusätzlich haben die letzten zwei Jahre der Pandemie, und die
- 11 Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, Lieferketten unterbrochen und die
- 12 landwirtschaftliche Produktion gedrosselt. In den letzten 5 Jahren stieg die Zahl der
- 13 unter Hunger leidenden Menschen um 18% auf 720 Mio. bis 811 Mio. Menschen. Der
- 14 Druck auf die Nahrungsmittelmärkte drückt sich auch in Industrieländern anhand einer
- 15 steigenden Inflation aus. Wir müssen selbstverständlich in der Innenpolitik die Folgen
- 16 für Menschen mit weniger Geld abfedern. Müssen dies aber auch in der Außenpolitik
- 17 konsequent einfordern. Zudem müssen die EU-Staaten die Praktiken der
- 18 Freihandelsabkommen und damit einhergehender subventionierte Billig-Exporte, die
- 19 der Wirtschaft in vielen afrikanischen Ländern massiv geschadet hat, beenden. Die
- 20 Länder des globalen Süden müssen dahingehend unterstützt werden, dass sie mehr
- 21 Import-Unabhängigkeit in der Lebensmittelbeschaffung erreichen können und die
- 22 heimische Wirtschaft stützen können.
- 23
- 24 Durch eine Hungerkatastrophe in vielen Ländern ist nicht nur das Leben vieler
- 25 Menschen unmittelbar bedroht, sondern auch mittelbar durch wachsende Instabilität
- 26 von Staaten und Flucht. Dies zieht weiteres menschliches Leid, Kosten und Instabilität
- 27 nach sich. Die effektivste Methode der Konfliktvermeidung ist also die Prävention.
- 28 Deutschland als eines der reichsten Industrieländer der Welt und als wichtige Stimme
- 29 in der EU bekommt hier eine besondere Verantwortung.

Begründung

Seit dem Ukraine Krieg sind die Weizen Preise um 20% gestiegen, die Gersten Preise um 33% und Dünger um 40%. Dies liegt daran, dass die Ukraine und Russland einer der größten Exporteure von Nahrungsmitteln sind. Länder wie Armenien und Eritrea decken ihre Nahrungsmittel fast komplett über Exporte von Russland und die Ukraine ab. Die UN schätzt, dass durch den Krieg 7,6 Mio. bis 13,1 Mio. Menschen mehr unter Hunger leiden werden. Zusätzlich haben die letzten zwei Jahre der Pandemie, und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, Lieferketten unterbrochen und die landwirtschaftliche Produktion gedrosselt. In den letzten 5 Jahren stieg die Zahl der unter Hunger leidenden Menschen um 18% auf 720 Mio. bis 811 Mio. Menschen. Der Druck auf die Nahrungsmittelmärkte drückt sich auch in Industrieländern anhand einer steigenden Inflation aus. Wir müssen selbstverständlich in der Innenpolitik die Folgen für Menschen mit weniger Geld abfedern. Müssen dies aber auch in der Außenpolitik konsequent einfordern.

Durch eine Hungerkatastrophe in vielen Ländern ist nicht nur das Leben vieler Menschen unmittelbar bedroht, sondern auch mittelbar durch wachsende Instabilität von Staaten und Flucht. Dies zieht weiteres menschliches Leid, Kosten und Instabilität nach sich. Die effektivste Methode der Konfliktvermeidung ist also die Prävention. Deutschland als einer der reichsten Industrieländer der Welt und als wichtige Stimme in der EU bekommt hier eine besondere Verantwortung.

A04

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Supermärkte vergesellschaften!

Antragsteller*innen

Jusos München

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
Bezirksparteitag der SPD Oberbayern

1 **Supermärkte vergesellschaften!**

2 Die Versorgung mit Lebensmittel ist existentiell. Deshalb muss die
3 Lebensmittelversorgung Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden und als solche
4 unabhängig von privaten Profitinteressen und Marktlogiken organisiert sein. Um uns
5 mit Lebensmittel zu versorgen ist der Besuch des Supermarktes unverzichtbar. Die
6 Durchsicht der Werbeprospekte nach günstigen Angeboten sind Beleg dafür, dass
7 Supermärkte nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Art unserer Ernährung
8 großen Einfluss haben.

9
10 Diese wichtige Aufgabe darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne
11 unterworfen sein. Deshalb fordern wir die konsequente Vergesellschaftung und
12 Demokratisierung der Supermarktkonzerne, damit wir gemeinsam darüber
13 entscheiden können, was und zu welchen Preisen Nahrungsmittel verkauft werden
14 und wie sie produziert werden sollen.

15

16 **Private Gewinne an Lebensgrundlage verbieten**

17 Zu den Konsumgüter des täglichen Bedarfs zählen neben Lebensmitteln auch
18 alkoholfreie und alkoholische Getränke, Tabakwaren, Körperpflegemittel und
19 Kosmetik, Wasch-, Putzund Reinigungsmittel, Papierhygiene und Heimtierbedarf. All
20 das kaufen wir vorrangig bei REWE, Penny, Kaufland, LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und
21 Co ein. Die fünf größten Lebensmittelkonzerne, die jeweils unterschiedliche
22 Discounter und Lebensmittelvollsortimenter unter ihrem Dach vereinen, haben so in
23 Deutschland einen Marktanteil von 75%, ihre Nettogewinne stiegen insbesondere
24 während der Pandemie gewaltig und die Besitzer*innen gehören zu den Top-
25 Milliardär*innen in Deutschland.

26

27 Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass 12,5 Millionen Menschen in
28 diesem Land, die unter der Armutgefährdungsquote leben, zumindest zeitweise von
29 Ernährungsarmut betroffen sind. Menschen, die Armutsrisko ausgesetzt sind, sind
30 außerdem häufiger Opfer von chronischen Erkrankungen - wie Herz-Kreislauf-
31 Erkrankungen oder Diabetes. Diese sind auch auf die Ernährung zurückzuführen. Das

1 ernährungsbedingte Krankheitsrisiko ist eine große soziale Ungerechtigkeit, die wir
2 bekämpfen müssen.

3

4 **Ernährung ist eine Klassenfrage!**

5 Es ist nicht akzeptabel, dass das Kapital einiger weniger auf Kosten der vielen weiter
6 wächst. Die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Konsumgütern darf nicht
7 der Kapitalvermehrung dienen. Der Zweck muss der bezahlbare Zugang zu gesunden
8 und ausgewogenen Lebensmittel für alle Menschen sein.

9

10 **Gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle**

11 1,65 Millionen Menschen waren in Deutschland im Jahr 2021 regelmäßig auf
12 Lebensmittel von Tafeln angewiesen. Gemeinnützige Träger kompensieren so ein
13 Problem, dass durch niedrige Renten, unzureichende Grundsicherung und
14 Erwerbsarmut verursacht werden. Unser Ziel ist es, durch die Bekämpfung von Armut
15 Tafeln überflüssig zu machen und dafür zu sorgen, dass durch Demokratisierung und
16 Vergesellschaftung von Supermärkten gesunde Lebensmittel selbstbestimmt
17 erworben werden können. Der kapitalistische Markt ist dieser Herausforderung nicht
18 gewachsen. Das Profitinteresse der Supermarktkonzerne führt dazu, dass
19 insbesondere nährstoffarme und verarbeitete Lebensmittel mit hohen Gewinnspannen
20 günstig verkauft werden. Das führt mitunter dazu, dass von Armut betroffene
21 Menschen am Ende des Monats häufig auf Obst und Gemüse verzichten und dafür
22 schnell sättigende Lebensmittel kaufen.

23

24 Um den Widerspruch zwischen bezahlbarer und gesunder Ernährung einerseits und
25 zwischen nachhaltigen Produktionsbedingungen und gerechter Bezahlung von
26 Erzeuger*innen andererseits auflösen zu können, bedarf es eines staatlichen Eingriffs
27 und ein grundlegende Umstrukturierung von Subventionen. So muss die massive
28 Ungleichheit, beispielsweise die steuerliche Bevorzugung klimaschädlicher
29 Fleischprodukte, zugunsten einer nachhaltigen, klimafreundlichen und
30 Ernährungssicherheit schaffenden Lebensmittelproduktion angepasst werden.

31

32 **Lebensmittellieferketten, die Ausbeutung überwinden und auf Nachhaltigkeit** 33 **setzen**

34 Die kapitalistische Bewirtschaftung der Agrarflächen beutet unsere Lebensgrundlage
35 genauso wie die Produzent*innen aus. Die auf Ertragssteigerung ausgelegte
36 Bewirtschaftung hat fatale Folgen für die Arten- und Biotopvielfalt.

37 Die Supermarktkonzerne haben daran einen erheblichen Anteil indem sie
38 Kostendruck auf Erzeuger*innen ausüben. Nur langsam ist in Bezug auf nachhaltige
39 Produktion und Tierwohl ein Umdenken zu erkennen. Die Bemühungen sind aber
40 längst nicht ausreichend und lassen insbesondere die Arbeitsbedingungen der

1 Arbeiter*innen außer acht. Mit der Vergesellschaftung von Supermärkten können wir
2 diese unternehmerischen Entscheidungen – die entscheidend für die Bekämpfung
3 des Klimawandels sind – demokratisieren und dafür sorgen, dass existenzsichernde
4 Löhne und Teilhabe an der Wertschöpfung für alle Menschen, die an der Produktion
5 von Lebensmitteln beteiligt sind, gewährleistet werden.

6

7 Da enormer Preisdruck zwischen verschiedenen Supermärkten existiert versuchen
8 die Konzerne ihre Macht gegenüber den Produzent*innen und Lebensmittelherstellern
9 knallhart auszunutzen, um die Preise zu drücken und die Gewinnmargen zu erhöhen.
10 Dies führt zu enorm belastenden Situation für die Erzeuger*innen und zu
11 Qualitätseinschränkungen in der Herstellung.

12

13 **Lebensmittelverschwendung entgegenwirken**

14 In Deutschland werden jedes Jahr 12 Mio. Tonnen Lebensmittelabfälle vernichtet.

15 Davon rund 34% bei der Primärproduktion, Verarbeitung und im Handel.

16 Supermarktkonzerne planen sorgfältig die Produktion von Lebensmitteln und haben
17 somit großen Einfluss auf Lebensmittelverschwendung. Supermärkte sind hochgradig
18 geplante ökonomische Systeme für deren Funktionieren es notwendig ist, weit im
19 voraus zu planen um saisonale Nachfrage und zuverlässige Lieferketten zu
20 gewährleisten. Für diese Planung werden komplexe Datensätze und Algorithmen
21 angewandt, die viele schwankende Variablen berücksichtigen. Daraus können wir
22 ableiten, dass dezentrale Planwirtschaft nicht zwangsläufig zu Mangel führt, sondern
23 im Gegenteil enorme Kapitalanhäufung ermöglichen kann. Wir wollen diese
24 Mechanismen nutzen, um das Gemeinwohl zu steigern, Lebensmittelverschwendung
25 zu bekämpfen und den Zugang zu Lebensmitteln als Daseinsvorsorge begreifen.

26

27 **Gute Arbeit im Supermarkt**

28 Die Arbeit der Beschäftigten im Supermarkt ist systemrelevant und elementar für die
29 Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Mit dem Outsourcing der
30 Beschäftigten in der Reinigung und derjenigen, die vor Ladenöffnung die Regale
31 auffüllen, mit geringfügiger Beschäftigung und geringen Löhnen ist eine Bezahlung,
32 die die Relevanz der Arbeit abbildet, nicht gegeben. Mit der Vergesellschaftung von
33 Supermärkten können Löhne adäquat zum öffentlichen Dienst und gute
34 Arbeitsbedingungen umgesetzt werden.

35

36 **Vergesellschaftung und Demokratisierung, was heißt das?**

37 Für die konkrete Organisationsform einer vergesellschafteten und demokratisierten
38 Lebensmittelbranche gibt es unterschiedliche Ansätze. Schon jetzt gibt es in anderen
39 Ländern große genossenschaftlich organisierte Supermarktketten. Auch in
40 Deutschland ist z. B. EDEKA teilweise als Genossenschaft organisiert, jedoch nicht

1 mit den Konsument*innen als Genoss*innen, sondern mit den
2 Supermarktbetreiber*innen. Gleichzeitig entstehen z. B. mit dem Kartoffelkombinat in
3 München konkrete genossenschaftlich organisierte Projekte, die ökologische und
4 unter gerechten Bedingungen hergestellte Lebensmittelversorgung anbieten. In
5 derartigen Projekten lässt sich schnell feststellen, dass der Preis für Lebensmittel, die
6 regional, ökologisch und mit guten Arbeitsbedingungen produziert und verkauft
7 werden, eigentlich höher liegen müsste, als er bei preisgedumpten
8 Discounterkonzernen ist. Höhere Kosten für Lebensmittel, die Ausbeutung entlang der
9 Wertschöpfungskette verhindern, begründen die Notwendigkeit höherer Löhne und
10 einer entsprechenden Anpassung der Höhe von Sozialleistungen.
11
12 Neben Genossenschaften sind aber auch kommunale Betriebe denkbar, die einer
13 demokratischen Kontrolle unterstehen. Bestimmte Dienstleistungen für diese
14 kommunalen Betriebe sind wiederum durch eine staatliche Organisation möglich, die
15 z. B. durch ein Bundesministerium gesteuert wird.

A05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Landnahme auf Agrarflächen stoppen!

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Landeskonferenz der Jusos Bayern,
Bundeskongress der Jusos

- 1 **Landnahme auf Agrarflächen stoppen!**
- 2 Ackerland ist keine Kapitalanlage für Investoren, sondern Lebensgrundlage von
- 3 Landwirt*innen.
- 4
- 5 Die Bodenpreise steigen seit Jahren, weshalb sich die Agrarindustrie Europas
- 6 zunehmend mit Schwierigkeiten der Kostendeckung konfrontiert sieht.
- 7
- 8 Zu den größten Ackerbesitzer*innen Deutschlands gehören, die Munich Re, die
- 9 Immobiliengruppe Lindhorst, der Bauunternehmer und Milliardär Kurt Zech, der
- 10 Möbelfabrikant und Milliardär Bruno Steinhoff, der Heizungshersteller und Milliardär
- 11 Martin Viessmann, der Einzelhändler und Milliardär Stefan Heinig und die Milliardäre
- 12 der Albrecht-Familie. Genau diese landwirtschaftsfernen Investoren nutzen die
- 13 Agrarflächen als Kapitalanlage.
- 14
- 15 Die Albrecht-Familie diktiert nicht nur Lebensmittelpreise, wie den Milchpreis durch
- 16 den Albrecht Discount (ALDI), sondern stiehlt Landwirt*innen auch die Ackerflächen.
- 17
- 18 Es muss ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands geschaffen
- 19 werden, denn es ist von öffentlichen Interesse, zu wissen, wem der Boden in
- 20 Deutschland gehört. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen
- 21 von privaten Großgrundbesitzer*innen, insbesondere von agrarfernen und
- 22 nichtlandwirtschaftlichen Besitzer*innen. Genossenschaftliche
- 23 Erzeuger*innengemeinschaften können die Flächen nachhaltig, gemeinwohlorientiert
- 24 und sinnvoller bewirtschaften, deswegen sind diese zu fördern..
- 25
- 26 Klare Angaben bezüglich des Bedarfs an Ertragsflächen, Flächen für Viehzucht,
- 27 Stromproduktion und Ähnlichem müssen von Land und Bund entwickelt werden. Der
- 28 Markt darf nicht die kurzfristig finanziell rentabelste Methode, die der Monokulturen,
- 29 für die Ackerflächen etablieren, sondern es muss ein gesundes und nachhaltiges
- 30 Verhältnis zwischen den Flächennutzungen geschaffen werden. Die nachhaltige
- 31 Versorgungssicherheit Deutschlands ist von elementarer Bedeutung!
- 32 Ein Verbot der Sharedeals bei Agrarflächenverkäufen ist essentiell, denn jene führen

1 ansonsten dazu, dass das Grundstücksverkehrsgesetz umgangen wird und
2 Nichtlandwirt*innen durch den Kauf von Anteilen an Agrar-Holdings zu Agrarflächen
3 kommen.
4
5 Weitere Anpassungen des Grundstücksverkehrsgesetzes sind bzgl. der Vorkaufsrechte
6 durchzuführen. Landesregierungen brauchen diese, um langfristig günstige
7 Verpachtung und geforderte Flächennutzungen zu gewährleisten.

8
9 Die Kommunen, die Länder und der Bund dürfen keine weiteren Agrarflächen
10 verkaufen, sondern dürfen diese ausschließlich und langfristig in direkter Linie an
11 Landwirt*innen verpachten. Insbesondere nachhaltige, gemeinnützige und
12 genossenschaftliche Erzeuger*innengemeinschaften müssen diese Flächen
13 bekommen. Vergabekriterien sind entsprechend dem Gemeinwohl anzupassen
14
15 Agrarferne und nichtlandwirtschaftliche Investoren bei Agrarflächen sind weltweit zu
16 verhindern. Es braucht eine wirkliche Agrarreform, denn es muss für jeden Menschen,
17 welcher in der Landwirtschaft arbeiten will, eine lebenswerte Zukunft garantiert sein.

18

19 **Die Forderungen kurz zusammengefasst:**

20 1. Wir fordern ein Transparenzregister für sämtliche Grundstücke Deutschlands.

21

22 2. Wir fordern die Vergesellschaftung des Besitzes an Agrarflächen von privaten
23 Großgrundbesitzer*innen und eine Förderung von genossenschaftliche
24 Erzeuger*innengemeinschaften.

25

26 3. Wir fordern eine nachhaltige Versorgungssicherheit mit klaren Angaben von Bund
27 und Land bzgl. Nutzungen auf Landwirtschaftlichen Flächen.

28

29 4. Wir fordern Anpassungen des Grundstückverkehrsgesetzes, ein Verbot von
30 Sharedeals und ein Vorkaufsrecht der Landesregierungen und der Kommunen.

31

32 5. Wir fordern ein Ende des Verkaufs von kommunalen, landes- und bundeseigenen
33 Agrarflächen, stattdessen brauchen wir Verpachtungen mit einem
34 gemeinwohlorientierten Vergabekriterienkatalog.

A06

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Für eine effektive attraktive Liegenschaftspolitik In Bayern!

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

1 **Für eine effektive staatliche Liegenschaftspolitik in Bayern!**

2

3 **Wir fordern:**

4

5 **1. Keine Privatisierung von Immobilien des Freistaats**

6 Immobilien aus dem Bestand des Freistaats Bayern, egal ob bebaut oder unbebaut,
7 vermietet oder verpachtet, Wohn- oder landwirtschaftliche Grundstücke, werden
8 künftig nicht mehr verkauft und damit privatisiert.

9 Grundstücke des Freistaats können an Kommunen weitergegeben werden, wenn
10 sichergestellt ist, dass diese die Immobilie nicht verkaufen und die geplante Nutzung
11 dem Allgemeinwohl dient (z.B. bezahlbares Wohnen, erforderliche Infrastruktur etc.).
12 Grundstücke werden auch an Wohnungsbaugenossenschaften als private
13 Akteurinnen, die keiner Wohnungsbindung unterliegen, damit nur im Erbbaurecht
14 vergeben. Denn bezahlbarer Wohnraum ist knapp und soll daher vorrangig denen zu
15 Gute kommen, die finanziell weniger Möglichkeiten haben und daher am dringendsten
16 bezahlbare Mieten brauchen.

17

18 Die Durchsetzung dieser Forderung könnte auch über ein Volksbegehren erfolgen.

19

20 **2. Erfassung vorhandener Flächen und Möglichkeiten**

21 Alle Flächen im Eigentum des Freistaats sollen systematisch in einem
22 Flächenkataster erfasst werden, einschließlich der Immobilien von Beteiligungs- und
23 Tochterunternehmen des Freistaats Bayern wie der IMBY, BayernHeim, StadiBau,
24 Studentenwerk etc.

25

26 Dabei ist neben der Lage und der Fläche insbesondere die aktuelle Nutzung
27 anzugeben, sowie eine Perspektive der Eignung für eine soziale
28 Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Auch Wohnungsbau
29 auf schwierigen Grundstücken wie bisherigen Parkplätzen oder Möglichkeiten einer
30 gemischten Nutzung von Wohnen und Gewerbe sollen dabei geprüft werden.

1 Das Flächenkataster soll digital öffentlich verfügbar, durchsuchbar und filterbar
2 sein und es soll zugeordnet sein, welche Stelle auf Landesebene zuständig ist.
3

4 **3. Leerstand vermeiden!**

5 Unser Ziel ist es, Leerstand zu vermeiden. Immobilien im Eingriffsbereich des
6 Freistaats Bayern dürfen nicht länger als 6 Monate leerstehen. Für alle Immobilien,
7 die voraussichtlich länger als 3 Monate leerstehen, soll eine Zwischennutzung
8 insbesondere für soziale oder kulturelle Nutzungen geprüft werden. Bei Objekten mit
9 Mängeln soll der für eine weitere Nutzung erforderliche bauliche Zustand
10 schnellstmöglich hergestellt werden. Die Leerstandsquote soll nach dem Vorbild der
11 Landeshauptstadt München erfasst und jährlich in einem Leerstandsbericht
12 veröffentlicht werden.

Begründung

Wohnraum ist in weiten Teilen Bayerns und insbesondere der Landeshauptstadt München ein sehr knappes Gut, vor allem wenn es um bezahlbare Wohnungen geht. Jede geeignete Fläche sollte daher effizient für bezahlbares Wohnen ausgenutzt werden. Insbesondere Flächen, die bereits der Öffentlichkeit schon gehören, dürfen nicht durch eine Privatisierung verloren gehen. Die Liegenschaftspolitik des Freistaats Bayern muss sich vielmehr am Gemeinwohl und der Bayerischen Verfassung orientieren.

Denn die Verfassung des Freistaats Bayern fordert:

Art. 106

1. Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.
2. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Art. 161

1. Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind abzustellen.
2. Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Diesen Aufgaben aus der Bayerischen Verfassung kommt der Freistaat jedoch nicht nach. Wir können angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum nicht akzeptieren, dass Flächen, die sogar im Eigentum des Freistaats Bayern stehen, ungenutzt brach liegen oder sogar verkauft werden. Die Auswertung der Stellungnahme auf eine Anfrage an die Bayerische Staatsministerin für Wohnen zeigt

für München jedoch das Ausmaß leerstehender Immobilien des Freistaats Bayern verteilt über das ganze Stadtgebiet in München.

Ein Fall wie im Verkauf der GBW-Wohnungen darf sich nicht wiederholen.

Bekanntestes Beispiel des Verkaufs von Immobilien durch den Freistaat Bayern und seine Beteiligungsgesellschaften ist das der Anteile der BayernLB an der GBW.

Der Bayerischen Landesbank (BayernLB) gehörten im Jahr 2012 noch 92% der Aktienanteile an der Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft (GBW). Aufgrund finanzieller Probleme verkaufte die BayernLB im Jahr 2013 ihre Aktien an der GBW an das private Immobilienunternehmen Patrizia. Der Zuschlag wurde erteilt, obwohl sich mehrere Städte, darunter auch München, in einer Kaufgemeinschaft zusammengetan hatten, um die Anteile der BayernLB an der ehemals gemeinnützigen GBW zu erwerben. Die Kommunen konnten aber nur 643 Millionen Euro für einen Ankauf aufbringen. Zuständig für den Verkauf der BayernLB war der damalige Bayerische Finanzminister, Dr. Markus Söder, heute Bayerischer Ministerpräsident. In den 33.000 Wohnungen der GBW lebten damals mehr als 80.000 Menschen.

Um soziale Probleme abzufedern war mit der Patrizia im Jahr 2013 zwar eine Sozialcharta vereinbart worden, die ein Verbot von Luxussanierungen enthält, einen Kündigungsschutz für über 60jährige Mieter*innen und den Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen. Als Laufzeit für die Sozialcharta wurden 10 Jahre vereinbart, sie endet demnach also im Jahr 2023.

Bereits direkt nach dem Verkauf gab es erste Meldungen von massiven Mietsteigerungen, die Mieten wurden teilweise um 20% erhöht. Im Jahr 2014 konnte die Stadt München zumindest über tausend Wohnungen zurückzukaufen, wobei die Stadt dafür mehr zahlen musste, als die BayernLB beim Verkauf dafür erhalten hatte.

Der im Jahr 2018 auf Druck von SPD, Freien Wählern und Grünen im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss sollte klären, ob der Verkauf der GBW-Anteile überhaupt notwendig war. Außerdem wäre es vermutlich möglich gewesen, dass der Freistaat selbst die Anteile an der GBW von der ihm gehörenden Landesbank gekauft hätte, um die Mieter*innen durch den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum zu schützen.

Seit Dezember 2018 tritt die frühere GBW unter dem neuen Namen "Dawonia" auf. Die Dawonia hat heute ca. 30.000 Wohnungen, die sie vermietet oder verkauft

A07

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Freie Fahrt für helfende Bürger*innen – Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Zwischen Januar 2018 und April 2022 sind 10.624 Personen an den Folgen eines
- 2 Unfalls im Straßenverkehr gestorben und es gilt, diese Zahlen dringend zu reduzieren.
- 3 Dies kann mit Hilfe von Tempolimits, besseren Straßenbau und dadurch auch
- 4 höheren Schutz für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen, konsequenter Forschung
- 5 an noch besseren Sicherheitsmechanismen im und am Fahrzeug und vor allem einem
- 6 verstärkten Bewusstsein für die Gefahren, die man sich und seinen Mitmenschen mit
- 7 riskantem Verhalten aussetzt, erreicht werden. Eine der wichtigsten Maßnahmen, die
- 8 leider immer wieder übersehen wird, ist jedoch eine Auffrischung des Erste-Hilfe-
- 9 Kurses.
- 10
- 11 Bislang muss dieser einmalig bei Antreten der Fahrprüfung zum Erlangen des
- 12 Führerscheins absolviert worden sein. Diese einmalige Verpflichtung beinhaltet einen
- 13 Erste-Hilfe-Kurs von neun Unterrichtsstunden á 45 Minuten und somit nicht einmal
- 14 sieben Gesamtstunden. Wir finden, dies ist viel zu wenig um ein Leben lang sicher
- 15 und zuverlässig im Ernstfall handeln zu können und somit oft sogar Leben zu retten.
- 16 Erste Hilfe anzuwenden bedarf wie viele andere Dinge im Leben konsequenter Übung
- 17 und ständiger Auffrischung des Wissens und der Erkenntnisstände durch
- 18 Expert*innen. Deshalb fordern wir eine verpflichtende Auffrischung des Erste-Hilfe-
- 19 Kurses und Simulationstraining für alle Führerscheininhaber*innen nach spätestens
- 20 zwei Jahren. Es soll einen Toleranzzeitraum von drei zusätzlichen Monaten geben,
- 21 jedoch wird der Führerschein bei Nichteinhaltung der Forderung ungültig. Die Kosten
- 22 für den Auffrischkurs (zwischen 20€ – 40€) sollen vom Staat übernommen
- 23 werden. Zusätzlich muss gewährleistet werden ausreichend viele Kursstellen
- 24 bereitzustellen, die dem neuesten Wissensstand entsprechen, von kompetentem
- 25 Personal geleitet werden und die nötigen Übungsmaterialien kostenlos zur Verfügung
- 26 stellen.
- 27 Die Koppelun
- 28 g eines erst kürzlich absolvierten Erste-Hilfe-Kurses an die Gültigkeit des
- 29 Führerscheins soll langfristig durch mehrere ergänzende Richtlinien dazu führen, dass

- 1 jede in Deutschland lebende Person zwischen sechs und 70 Jahren dazu befähigt ist
- 2 zuverlässig, dem Alter entsprechende Erste-Hilfe Maßnahmen anwenden zu können.
- 3 Zudem fordern wir, dass der Erste-Hilfe-Kurs in den Lehrplan für die 4. Klasse und 9.
- 4 Klasse aufgenommen wird.
- 5
- 6 Außerdem soll es auch allen Menschen, die nicht im Besitz eines Führerscheins sind,
- 7 ermöglicht werden, im gleichen Intervall ab dem 18. Lebensjahr kostenfrei Erste-Hilfe-
- 8 Kurse besuchen zu können. Egal ob man mit dem Auto, dem Rad oder zu Fuß im
- 9 Straßenverkehr unterwegs ist, kann es passieren, dass man Teil einer Unfallsituation
- 10 ist oder Erste Hilfe leisten können sollte.

A08

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Wo ist Frank-Walter im Alter? – Gegen die Dienstpflichten

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz

1 Immer wieder kommt ein*e Politiker*in daher und meint, die Forderung nach einer
2 Dienstpflicht für junge Menschen sei eine gute Sache. Zuletzt hatte diesen Einfall
3 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und auch wenn er wohl der ranghöchste
4 Politiker mit dieser Idee ist, wird sie dadurch immer noch nicht richtiger. Argumente,
5 die für eine Dienstpflicht ins Feld geführt werden, sind beispielsweise, dass der
6 gesellschaftliche Zusammenhalt immer schlechter werde, dass junge Menschen
7 lernen müssten, dass es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebe, dass eine
8 Tätigkeit für die Gesellschaft einen Mehrwert für alle brächte. Die noch schlechteren
9 Argumente geben sogar noch offen zu, dass mit einer Dienstpflicht zum Beispiel der
10 Personalmangel in der Pflege behoben werden soll. Gesamtgesellschaftliche
11 Probleme werden also auf junge Menschen abgeladen, Missstände, für die die Politik
12 der letzten Jahre und Jahrzehnte verantwortlich ist, sollen durch den Zwang zum
13 Dienst an der Gesellschaft kosmetisch überdeckt werden. Für uns ist klar: Das wird es
14 mit uns nicht geben! Diese Idee ist völlig aus der Zeit gefallen und passt in keiner
15 Weise zur Lebensrealität junger Menschen. „Grundschulabitur“, Leistungs- und
16 Notendruck, immer mehr Hausaufgaben und vieles mehr, was für Schüler*innen Alltag
17 ist, baut einen unglaublichen Druck auf und beansprucht einen Großteil ihrer Zeit.
18 Trotzdem engagieren sich viele junge Menschen ehrenamtlich in verschiedenen
19 Vereinen, Parteien und Jugendorganisationen. Der Vorwurf, junge Menschen
20 interessieren sich nur für sich selbst und wenden sich von der Gesellschaft ab, ist also
21 faktisch falsch. Noch deutlicher wird das beim Blick auf die hohe Zahl an die
22 Freiwilligendienstleistenden, wie z.B. im FSJ. Die Möglichkeiten, freiwillig einen
23 solchen Dienst an der Gesellschaft zu tun, bestehen also und sie werden auch
24 genutzt. Hier gibt es auch viele Probleme, die gelöst werden müssten - beispielsweise
25 die Frage danach, wie sich Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten Familien
26 einen solchen Freiwilligendienst leisten können. Genau dieses Problem würde mit
27 einer Dienstpflicht noch größer. Sie würde eine enorme finanzielle Belastung für viele
28 Familien bedeuten und zugleich die finanzielle Unabhängigkeit von jungen Menschen
29 noch weiter verschlechtern.

- 1 Genauso könnte man die Einführung einer Dienstpflicht für alte cis Männer
- 2 diskutieren, da diese im Bezug auf ihre Lebenszeit weniger Care-Arbeit geleistet
- 3 haben als FLINTA*. Wann übernehmen Männer, die über Jahrzehnte von der
- 4 kostenlosen Care-Arbeit von FLINTA*-Personen profitiert haben endlich
- 5 gesellschaftliche Verantwortung und leisten ihren Teil an reproduktiver Arbeit? Bisher
- 6 hat niemand dieses Konzept ernsthaft vorgetragen - berechtigterweise. Als Jusos
- 7 lehnen wir Dienstpflicht-Ideen für alle Menschen ab, weil sie keine sozialen Probleme
- 8 lösen. Stattdessen wird einzelnen Gruppen die Verantwortung zugeschoben und
- 9 ihnen die Selbstbestimmung genommen.
- 10 Auch alte cis Männer sollten daher nicht zur Care-Arbeit gezwungen werden, ihnen
- 11 soll aber stattdessen durch spezielle Angebote eines BFD oder FSJ die Möglichkeit
- 12 gegeben werden, sich vor oder nach ihrem Renteneintritt, gesellschaftlich in
- 13 bestimmten, geeigneten Bereichen zu engagieren.

A09

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr!

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Fahrzeuge der Bundeswehr werden in der Regel nach Tieren benannt, die ihre
2 Funktion bzw. ihre besonderen Eigenschaften ausdrücken sollen. Der „Biber“ kann
3 eine Brücke über einen Fluss legen, der Bergepanzer „Büffel“ soll große Lasten
4 zuverlässig tragen etc. Bekannt ist der Leopard-Panzer als wichtigstes
5 Panzerfahrzeug der Bundeswehr. Insofern ist es zunächst nicht überraschend, dass
6 Rheinmetall den neu entwickelten Panzer KF51 als möglichen Nachfolger des
7 Leopard II für die Bundeswehr und den Export an die Verbündeten Deutschlands
8 nach der Raubkatze „Panther“ benannt.

9

10 Tatsächlich ist diese Benennung, wie insgesamt die Tradition der Benennung von
11 deutschen Waffen nach Tiernamen, geschichtsvergessen und höchst problematisch.
12 Es waren nämlich Joseph Goebbels und sein nationalsozialistisches Propaganda-
13 Ministerium, welche Waffensysteme der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs
14 Suggestivnamen gaben, um die eigenen Truppen bei ihren verbrecherischen
15 Raubzügen anzufeuern und die gegnerischen Truppen zu erschrecken. Insbesondere
16 für Panzer etablierte sich die Benennung nach Raubkatzen – wie eben dem
17 Panzerkampfwagen V „Panther“. Dieser wurde besonders in der Schlacht am Kursker
18 Bogen im Juli 1943 gegen die Rote Armee eingesetzt, unweit der heutigen
19 Schlachtfelder im Russland-Ukraine-Krieg. Dies und die Tatsache, dass der neue
20 „Panther“ als potenzielle Abwehr des neu entwickelten russischen Panzers T-14
21 Armata intendiert ist, lässt diese Benennung noch unpassender erscheinen. Die
22 Benennung wurde von mehreren Historiker*innen kritisiert, z. B. Klaus Wittmann.

23

24 Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung, lehnen
25 aber Militarismus und positive Bezugnahme auf die Wehrmacht entschieden ab!

26

27 Daher fordern wir:

- 28 • Der Konzern Rheinmetall wird aufgefordert, den Panzer KF51 nicht unter dem
29 Namen „Panther“ zu vermarkten.

- 1 • Sollte dieser Panzer von der Bundeswehr oder den Verbündeten Deutschland
2 genutzt werden, darf er nicht unter dem historisch vorbelasteten Namen „Panther“
3 laufen.
4
- 5 • Insgesamt ist die Tradition der Tier-Benennungen durch die Wehrmacht
6 vorbelastet und muss für die Bundeswehr für bestehende und künftige
7 Militärfahrzeuge und Waffensysteme eingestellt werden.
8
- 9 • Neue Waffensysteme dürfen von der Bundeswehr – unter welchem Namen auch
10 immer – nur in Betrieb genommen werden, wenn sie nachgewiesenermaßen für
11 die Landes- und Bündnisverteidigung notwendig sind. Ausrüstung statt
12 Aufrüstung!
13
- 14 • Wir bekräftigen unsere Forderung, rechtsradikale Strukturen in der Bundeswehr
15 konsequent zu zerschlagen und jede positive Bezugnahme auf Traditionen der
16 Wehrmacht zu unterbinden.
17
- 18 • Auch bekräftigen wir unsere Forderung, die deutsche Rüstungsindustrie zu
19 verstaatlichen. Militaristische Panzer-Shows wie Rheinmetalls Vorstellung des
20 KF51 werden so ebenfalls unterbunden.

A10

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeiipolitik - Jetzt

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1 Deutschland und die Türkei verbindet eine gemeinsame Historie und noch heute
2 zeigen die vielen Menschen, die sowohl die Türkei als auch Deutschland als ihre
3 Heimat ansehen, die Verbindung der beiden Länder. Wir bekennen uns zur
4 Verantwortung die Kinder und Enkel der ehemaligen Gastarbeiter*innen, die
5 integrierter Bestandteil unseres Landes sind, in ihrem Kampf gegen Diskriminierung
6 zu unterstützen und zudem für eine aktive Völkerverständigung zwischen der
7 türkischen und der deutschen Nation einzustehen. Eine Verbindung zum türkischen
8 Volk muss aber auch eine klare Ablehnung des aktuellen türkischen Regimes
9 bedeuten, denn Millionen Menschen, die auf dem Staatsgebiet der Türkei oder in
10 direkter Nachbarschaft leben, leiden am meisten unter den Praktiken des türkischen
11 Präsidenten Erdogan und seines Regimes. Die Erpressung der Nato-Staaten seitens
12 der Türkei, die einem Beitritt Schwedens und Finnlands nur deshalb zustimmte, weil
13 umfassende Zugeständnisse an die Türkei und ihre autoritären und
14 völkerrechtswidrigen Praktiken gemacht wurden, zeigt einmal mehr, dass es eine
15 neue und klare Türkeiipolitik braucht, die sich klar für Menschenrechte und gegen
16 kriegerische und autoritäre Handlungen einsetzt. Während die beiden
17 skandinavischen Länder aus berechtigten Sorgen um ihre Sicherheit, wegen des
18 russischen Angriffskrieges, den Schutz der Nato suchen, opfert eben jenes
19 Verteidigungsbündnis, das sich als Behüter von liberalen Werten und Demokratie
20 sieht, die Sicherheit der Kurd*innen und billigten den türkischen Angriffskrieg gegen
21 ein unschuldiges Volk.

22

23 Die Türkei, die 2005 zum EU-Beitrittskandidaten erklärt wurde, hatte seit 2002, dem
24 Beginn der Regierung der islamisch konservativen AKP zuerst eine Verbesserung der
25 Menschenrechte gezeigt. Im Freedom House Index, der von 1 (gut) bis 7 (schlecht)
26 die Menschenrechtslage einschätzt, machte sei einen Schritt von 4,5 (2002) bis auf 3
27 (2005), was den Beginn der Beitrittsprozesse ermöglichte. Nachdem dieser allerdings
28 schleppend verlief, verschlechterte sich die Lage und die Türkei fiel nach den brutal
29 niedergeschlagenen Gezi-Protessen auf 3,5 (2013) und den radikalen Konsequenzen
30 aus dem gescheiterten Putsch 2016 sogar auf 5,5 (2017).

1 Neben der Unterdrückung von Pressefreiheit, Oppositionsrechten, der LGBTIQ-
2 Community und Frauenrechten, der Behördenwillkür nebst Foltervorwürfen und der
3 inhumanen Behandlung von Geflüchteten, ist diese Verschlechterung der
4 Menschenrechte an der Behandlung der kurdischen Minderheit deutlich zu erkennen.
5 Das kurdische Volk erhielt nach dem ersten Weltkrieg und der Auflösung des
6 osmanischen Reiches kein eigenes Staatsgebiet, sein Siedlungsgebiet wurde
7 stattdessen auf die Türkei, Syrien, den Irak, den Iran und Armenien aufgeteilt. In allen
8 Ländern, besonders in der Türkei, kämpften Kurd*innen seitdem für mehr
9 Autonomierechte – teilweise auch für Unabhängigkeit. Die Türkei bekämpfte die
10 Bestrebungen seit ihrer Gründung radikale, unabhängig davon, ob westorientiert
11 säkulare, islamisch konservative oder militärische Kräfte das Land regierten.
12 Kurd*innen wurde über Jahrzehnte unterdrückt, erfuhren jedoch unter Recep Tayyip
13 Erdoğan anfänglich tatsächlich Liberalisierungen in Sprache, Bildung, Religion und
14 politischer Beteiligung und es wurden sogar Friedensverhandlungen aufgenommen.
15 Ab 2013 wurden Kurd*inne jedoch wieder mit harten Repressionen belegt, wodurch
16 die zuvor gewährten Rechte mehr als revidiert wurden und es zu Parteiverboten,
17 Verhaftungen von Abgeordneten der kurdischen HDP, Absetzung demokratisch
18 gewählter Bürgermeister und Verboten von Medien, Zeitungen und Einrichtungen
19 kam. Die Friedensgespräche wurden einseitig aufgekündigt und die Regierung
20 Erdogan ging militärisch gegen die kurdischen Gebiete vor, flog sogar Luftangriffe und
21 stellte ganze Dörfer wochenlang unter Hausarrest. Die Versorgungslage in den
22 kurdischen Gebieten ist deutlich schlechter als die in der übrigen Türkei,
23 Behördenwillkür ist an der Tagesordnung, demokratische Teilhabe unmöglich.
24
25 Doch nicht nur innerhalb der Türkei gehen Sicherheitskräfte radikal und gewalttätig
26 gegen Kurd*innen vor: Seit der Gründung der Türkei unter Mustafa Kemal “Atatürk” gilt
27 als erklärtes Staatsziel, ein unabhängiges Kurdistan zu verhindern, um eigene
28 territoriale Interessen zu bewahren. Der Türkische Staat bekämpft deshalb auch
29 heute, autonome kurdische Bestrebungen in Nordsyrien und Nordirak und greift
30 deshalb das kurdische Autonomiegebiet Rojava an. Zudem unterstützte die Türkei seit
31 Beginn des Syrischen Bürgerkriegs mehr oder weniger offen radikal-islamistische
32 Kräfte und arbeitet bis heute mit der Syrische Nationale Armee zusammen, die nach
33 Informationen von Amnesty International für Folter, Verschleppung und Mord
34 verantwortlich ist. Zudem sind Türkische Streitkräfte seit 2015 selbst in kurdische
35 Gebiete, auf dem Staatsterritorium Syriens einmarschiert, was qua Definition einen
36 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bedeutet. Bodentruppen und Luftangriffe auf die
37 Kurd*innen richtet sich nach Aussagen der türkischen Seite nur als Antiterror-
38 Maßnahmen gegen die PKK, die in der Türkei tatsächlich Angriffe auf staatliche und
39 zivile Ziele ausgeübt hatte, aber eben auch gegen die YPG, die im Kampf gegen den
40 selbsternannten IS auf Seiten der USA und der Nato gekämpft hatte und

1 entscheidend an der Zurückdrängung der radikalislamistischen Terrortruppen beteiligt
2 war. Zudem berichten Menschenrechtsorganisationen immer wieder von zivilen
3 Opfern der Drohnen- und Luftangriffe. Aktuelle Berichte zeigen, dass die Türkei
4 versucht, die Kurd*innen aus dem Grenzgebiet zu vertreiben, um ihr
5 zusammenhängendes Autonomiegebiet zu zerstören und eine Sicherheitszone zu
6 errichten, innerhalb derer sie syrische Geflüchtete zwangsansiedeln wollen.
7
8 Nachdem die kurdischen Verbündete im Kampf gegen den IS als wichtigste
9 Unterstützung gesehen wurden, wurden sie angesichts der türkischen Bedrohung
10 fallen gelassen und dem Angriff eines, ihnen übermächtigen, Militärs schutzlos
11 ausgeliefert. Tatsächlich verringerten einige Nato- und EU-Länder, u.a. Schweden und
12 Finnland, jedoch ihre Waffenexporte und gewährten geflohenen Kurd*innen Schutz
13 und Asyl. Dass Nato-Staaten und damit Partner der Türkei in einem Bündnis für
14 liberale Werte und Demokratie politische Geflüchtete aus der Türkei aufnehmen
15 müssen zeigt, dass die Türkei schon lange nicht mehr in dieses angebliche
16 Wertekonstrukt Nato passt. Die Türkei, die sich in den vergangenen Jahren immer
17 weiter zu einer stabilen Autokratie gewandelt hat, die völkerrechtswidrige Kriege führt,
18 die die Sicherheit von Armenien und der EU-Partner Griechenland und Zypern und
19 die fragile Stabilität in Libyen bedroht, ist nur aus strategischen Interessen weiterhin
20 ein Nato-Partner, gemeinsame Werte sind nicht zu erkennen.
21
22 Dass sich die Nato nun bei der Aufnahme der beiden liberalen Demokratien
23 Schweden und Finnland, die zweifelsohne jede Berechtigung zu diesem
24 Beitritts gesuch und auch zum Beitritt haben, von der autoritären und
25 menschenrechtsfeindlichen Türkei erpressen lässt, ist nicht akzeptabel. Durch ein
26 Abkommen zwischen Schweden, Finnland und der Türkei, zeigen die beiden
27 skandinavischen Länder nun Bereitschaft, angebliche Terrorverdächtige an die Türkei
28 auszuliefern, was sie zuvor abgelehnt hatten. Dabei hatte die Türkei Schweden sogar
29 eine Namensliste übergeben, was ein krudes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit
30 seitens der Türkischen Regierung offenlegt. Zusätzlich werden Schweden und
31 Finnland ihre Waffenembargos aufheben, mehr Zusammenarbeit mit der Türkei in
32 Außen- und Sicherheitsfragen anstreben und zudem die Unterstützung kurdischer
33 Einrichtungen beenden. Die kurdische Exilgemeinde verliert dadurch finanzielle Mittel,
34 Räumlichkeiten und Einfluss und muss zudem fürchten, künftig leichter von türkischen
35 Behörden überwacht zu werden, was in Deutschland längst geschehen ist. Die USA
36 kündigten wenige Stunden nach dem Aufnahmebeschluss der beiden
37 skandinavischen Staaten an, eine Modernisierung der türkischen Luftwaffe zu
38 unterstützen und dabei wohl auch Kampfflugzeuge zu liefern, was sie bisher
39 abgelehnt hatten.

1 Mit diesen Abkommen legitimieren die aktuellen Nato-Staaten und die beiden
2 zukünftigen die türkische Diktatur und ihren Kampf gegen die Kurd*innen. Die Nato
3 sieht nicht länger nur passiv weg, wenn die Türkei Kurd*innen verfolgt, vertreibt und
4 ermordet, sondern sie unterstützt diese Taten mehr und mehr aktiv. In einer Zeit, in
5 der sich Deutschland und Europa an die Seite der Ukraine gegen einen
6 verbrecherischen russischen Angriffskrieg stellen und zu Recht ihren Zusammenhalt
7 mit der Ukraine zeigen, sollten wir nicht gleichzeitig die Türkei dabei unterstützen,
8 wenn sie einen brutalen verbrecherischen Krieg gegen Rojava führt, sondern ebenso
9 demonstrativ einen Schulterschluss mit den Kurd*innen zeigen und die türkische
10 Aggression, ebenso wie die russische, klar benennen und sanktionieren, nicht noch
11 unterstützen.

12

13 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Türkei bereit war, Menschenrechte für einen
14 möglichen EU-Beitritt umzusetzen. Die islamisch konservative AKP hatte zugunsten
15 eines möglichen Beitritts sogar die größten Zugeständnisse an Menschenrechte und
16 Autonomierechte für die Kurd*innen umgesetzt. Die konservativen Kräfte in
17 Deutschland und Frankreich verhinderten den EU-Beitritt der Türkei jedoch, weshalb
18 die türkische Regierung den Ansporn für die Umsetzung der Menschenrechte verlor,
19 besonders, da sie über den unsäglichen EU-Türkei Migrations-Deal zusätzliches
20 Erpressungspotential gegenüber der EU erhielt. Aus dieser Erfahrung zeigt sich, dass
21 auf die Türkei Druck aufgebaut werden kann und muss, um sie zur Einhaltung der
22 Menschenrechte und zur Beendigung ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die
23 Kurd*innen zu bewegen.

24

25 **Wir fordern deshalb:**

26 Die Bundesregierung muss öffentlich ihre Solidarität mit den Kurd*innen aussprechen
27 und die türkische Aggression auch innerhalb der Nato klar benennen. Deutschland
28 muss die Autonomiebestrebungen des kurdischen Volkes unterstützen, die Autonome
29 Region Rojava anerkennen und das kurdische Vereinswesen in Deutschland
30 unterstützen und schützen.

31

32 Türkische und kurdische Oppositionelle, auch Angehörige der PKK, dürfen nicht an
33 die Türkei ausgeliefert werden, sondern müssen innerhalb Deutschlands und der EU
34 Schutz erhalten und in Einzelfällen gerichtlichen Verfahren die Beurteilung von
35 angeblichen Terrorist*innen überlassen werden und keine politischen Auslieferungen
36 gestattet werden.

37

38 Die Bundesregierung muss ein Waffenembargo gegen die Türkei aussprechen und
39 sich innerhalb der EU und Nato dafür einsetzen, dass die übrigen Partner sich diesem
40 Embargo anschließen. Für den Fall, dass die Türkei ihre verbrecherischen

- 1 militärischen Aktionen auf syrischem Territorium nicht beendet, müssen wirtschaftliche
- 2 Sanktionen und solche gegen die handelnden Personen vorbereitet und im Ernstfall
- 3 vollzogen werden.
- 4
- 5 Die Türkei kann unter ihrer aktuellen politischen Führung und deren Maßnahmen kein
- 6 "normaler" Nato-Partner mehr sein. Die Türkei sollte innerhalb der Nato in einen
- 7 Schwebezustand versetzt werden, der sie von der Einstimmigkeit ausnimmt und nicht
- 8 die Rechte einer vollwertigen Mitgliedschaft ermöglicht. Die Bundesregierung muss
- 9 sich dahingehend innerhalb der Nato einzusetzen.
- 10
- 11 Nur mit diesen Maßnahmen kann Frieden für die Kurd*innen und die türkische
- 12 Opposition erreicht werden und die völkerrechtswidrigen Angriffe beendet werden. Wir
- 13 brauchen eine klare Linie für Menschenrechte und Demokratie in unserer
- 14 Türkeipolitik.